

Tunesien

(Zusammengestellt von Dirk Axtmann)

I. Grunddaten

Religiöses Profil der Bevölkerung: Ca. 99 % der tunesischen Bevölkerung sind Muslime (Sunniten; malikitische Rechtsschule); eine kleine Minderheit mit Zentrum Djerba gehört dem ibaditischen Islam an; die jüdische Gemeinschaft umfasst ca. 1.500 bis 2.000 Personen. Schiiten spielen in Tunesien zahlenmäßig keine Rolle. Dies gilt ungeachtet der Hetze von salafistischen Gruppen gegen Schiiten, so u.a. am 15.8.2012 anlässlich des Auftritts einer iranischen Musikgruppe im Rahmen eines Kulturfestivals in Kairouan oder einer Pro-Assad-Demonstration in der Region Gabes am 17.8.2012 und der nachfolgenden Hetze gegen Schiiten durch Seifallah Ben Hassine, Führer der salafistischen Vereinigungen (→) Anhänger der Scharia am 19.8.2012. Es leben rund 32.000 Angehörige christlicher Konfessionen in Tunesien, die mehrheitlich Ausländer sind; die tunesische christliche Gemeinschaft soll um 300 Personen umfassen.

Stellenwert der Religion im Staat: Der Islam ist formal Staatsreligion, allerdings wurde durch eine Reihe von Reformen seit der Unabhängigkeit de facto die Trennung von Staat und Religion realisiert (Einführung eines Zivil- und Strafrechts auf europäischer Grundlage, Auflösung der Scharia-Gerichte, Einführung der Scheidung vor weltlichen Gerichten). Die nach dem Machtwechsel 2011 suspendierte Verfassung von 1959 zeichnete sich durch das Fehlen eines expliziten Verweises auf die Scharia als Rechtsquelle aus. Nach Artikel 1 der Verfassung vom 1.6.1959 ist „Tunesien [...] ein freier Staat, unabhängig und souverän; seine Religion ist der Islam, seine Sprache Arabisch und seine Staatsform die Republik“. Nach der Entscheidung der islamistischen Regierungspartei (→) Ennahda im Frühjahr 2012, auf die Erwähnung der Scharia in Artikel 1 der neuen Verfassung zu verzichten, zeichnet sich mittlerweile ab, dass dieser symbolisch die Identität des Staates umreißende Artikel unverändert Eingang in die neue Verfassung finden wird. Es ist jedoch denkbar, dass religiöse Vorbehalte mit Blick auf die Gesetzgebung an anderer Stelle in die neue Verfassung Eingang finden, etwa durch den expliziten Verweis

auf die Scharia als Rechtsquelle oder die Einführung einer islamischen Konsultativinstanz. Es ist auch nicht ausgeschlossen, dass weit auslegbare Gesetze, die die Religion betreffen, in die reguläre Gesetzgebung Eingang finden und in der Praxis eine die Grundrechte einschränkende Wirkung entfalten.

Staatliche religiöse Infrastruktur: Entsprechend dem modernistischen und autoritären Kontrollanspruch der jungen Tunesischen Republik wurde seit dem ersten Präsidenten Habib Bourguiba (1959–1987) die Verwaltung des Kults alleinige Angelegenheit des Staates. Das Vermögen der religiösen Stiftungen wurde durch den Staat einbezogen und die Sufi-Bruderschaften enger Kontrolle unterworfen.

Das Ministerium für religiöse Angelegenheiten kontrolliert seit 1992 die Ausbildung und Bestallung der Imame und seit 1994 die Kontrolle und den Bau und Unterhalt der Moscheen, sowie die Berufung des obersten Rechtsgelehrten im tunesischen Islam (Mufti der Republik). Der Mufti der Republik, formal der oberste Rechtsgelehrte im tunesischen Islam, ist als einziger berechtigt, religiöse Rechtsgutachten (Fatwas) zu verkünden. Seit 2008 hat unverändert Othman Battikh (geboren 1941) das Amt inne.

Als Abteilung des Ministeriums für religiöse Angelegenheiten ist das Höhere Institut für religiöse Wissenschaften (al-Ma'had al-'ala lil-shari'a/Institut Supérieur des Sciences Religieuses) mit der Imam-Ausbildung betraut.

Ein 1989 gegründeter Hoher Islamischer Rat (al-Majlis al-islami al-'ala/Conseil Supérieur Islamique) mit 25 Mitgliedern (Präsident seit 20.7.2011: Rachid Sabbagh), administrativ dem Premierminister zugeordnet, besteht auch nach dem politischen Umbruch bislang fort. Formal bildete er die höchste konsultative Instanz in religiösen Dingen. Als solche gab der Hohe Islamische Rat, auf Anrufung durch die Regierung, seine Meinung zu Fragen der Interpretation des Artikels 1 der Verfassung (Islam = Staatsreligion) sowie zu sozialen und religiösen Fragen ab. Die Anrufung des Hohen Islamischen Rats erfolgte obligatorisch in Bezug auf Veränderungen bei den Lehrinhalten der theologischen Zitouna-Universität sowie zu Fragen des Religionsunterrichts in den Schulen und der Imam-Ausbildung.

Die Verwaltung der Moscheen ist bislang noch durch das Gesetz Nr. 34 vom 3.5.1988 sowie durch Gesetzesmodifikation von 1994 geregelt. Ein neues Gesetz befindet sich in Vorbereitung.

Nach dem politischen Umbruch in Tunesien im Januar 2011 erodierte die staatliche Autorität im Religionsbereich zusehends, vor allem durch den wachsenden Einfluss und Handlungsspielraum salafistischer Gruppen in der Gesellschaft und an den Moscheen. Bis März 2012 wurden in ca. 400 der um 5.000 Moscheen des Landes den Salafisten nicht genehme Imame „wild“ abgesetzt und durch eigene ersetzt, die keine staatliche Qualifikationsprüfung durchlaufen haben. Die angekündigte Überarbeitung des Gesetzes zur Organisation der Moscheen aus dem Jahr 1988 soll u.a. verbindliche Richtlinien für die Berufung von Imamen festlegen. Der Religionsminister räumte am 17.5.2012 ein, dass seine Behörde nicht in der Lage sei, die Kontrolle über alle Moscheen herzustellen.

Religiöse Hochschule/Bildungseinrichtungen: Parallel zum Aufbau eines modernen Schulsystems nach französischem Muster wurden nach der Unabhängigkeit die privaten Koranschulen unter staatliche Kontrolle gebracht. Die Autonomie der traditionsreichen theologischen Hochschule der Zitouna-Moschee wurde aufgehoben und diese als theologische Hochschule in die 1970 neu gegründete Universität Tunis eingebunden.

Seit dem politischen Umbruch streben die Ennahda-dominierte Regierung und islamistisch-salafistische Gruppen die Wiederherstellung der Autonomie der Zitouna-Hochschule vom staatlichen Bildungssystem sowie ihren Ausbau als umfassende Bildungseinrichtung ab der Sekundarstufe an, wobei sowohl Ennahda als auch salafistische Prediger ihre Kontrolle über die Institution und die verbreiteten Inhalte sichern wollen. Ab Oktober 2012 soll die Zitouna zum ersten Mal seit 1958 wieder Schüler ab 12 Jahren zu einem spezialisierten Abitur führen, das den Zugang zu einem Theologiestudium an der Einrichtung erlaubt. Parallel laufen Bestrebungen islamistischer Gruppen, Persönlichkeiten und Parteien (inklusive der Regierungspartei Ennahda), die Lehre und Forschung zu kontrollieren und u.a. auch Geschlechtertrennung einzuführen. Es wird seit 2012 versucht, eine islamistische Prägung der Einrichtung sowie der Lehr- und Forschungsinhalte und des Personals durchzusetzen. Die offizielle Webseite der Zitouna findet sich unter <http://www.uz.rnu.tn>.

Vereinigungen mit religiöser Prägung: Die Zahl von Vereinigungen mit religiöser Prägung weitete sich seit 2011 drastisch aus und ist dementsprechend unübersichtlich. Islamistisch-salafistische Vereinigungen machen seit 2011 durch spektakuläre Aktionen an den Universitäten, gegen Kulturschaffende, Kulturveranstaltungen, Wissenschaftler, Journalisten oder durch Einladung salafistischer Prediger aus anderen Staaten auf sich aufmerksam. Die personelle Stärke ist nicht bekannt; das Mobilisierungspotential zu einzelnen Themen lag bislang bei mehreren Hundert bis mehreren Tausend.

Parteien mit religiöser Prägung: Der Machtwechsel vom 14.1.2011 führte zu einer Liberalisierung der Parteienlandschaft und der Zulassung von ca. zehn politischen Parteien mit betont religiöser Prägung. Bis September 2011 fand diese Legalisierung auf der Basis des Parteiengesetzes von 1988 statt, das liberaler als unter dem alten Regime ausgelegt wurde. Das neue Parteiengesetz (Dekret 87-2011) vom 24.9.2011 hob schließlich eine Reihe von Ausschlusskriterien zur Bildung einer politischen Partei auf, etwa das Verbot einer Partei-gründung auf der ausschließlichen Grundlage der Religion. Zugleich verpflichtet der Text die politischen Parteien dazu, „die Prinzipien der Republik, den Rechtsstaat, die Demokratie, friedlichen Machtwechsel, [...], sowie die Neutralität der Kultstätten (Moscheen), [...] zu achten und zu verteidigen“ (Artikel 3). Ferner ist es Parteien verboten, in ihrem Programm oder ihren Aktionen zu Diskriminierung auf der Grundlage der Religion aufzurufen (Artikel 4), und Parteien müssen demokratisch organisiert sein (Artikel 8); (zitiert nach der inoffiziellen Übersetzung des Dekrets Nr. 87-2011 vom 24.9.2011, Wahlbeobachtungsmision der EU in Tunesien).

Die Ennahda ist von der Verankerung in der Bevölkerung wie von ihrer logistischen Ausstattung her mit Abstand die bedeutendste Partei mit religiöser Prägung in Tunesien. Bei den Wahlen vom 23.10.2011 gewann die Partei mit 36 % der abgegebenen gültigen Stimmen 89 von 217 Sitzen (43 % der Sitze) in der Verfassunggebenden Nationalversammlung. Als deutlich religiös geprägte, allerdings stärker regional gebundene politische Kraft, errangen die unabhängigen Listen der (→) Volkspetition 26 Mandate und wurden damit drittstärkste Kraft in der Nationalversammlung. Weitere kleinere Parteien (u.a. Hizb al-Amama, → Partei El-Amen), sowie eine unbestimmte Zahl unabhängiger Listen mit deutlich religiöser Prägung nahmen an den Wahlen von 2011 teil. Diese verfügen jedoch maximal über lokale Bedeutung und errangen

keine Mandate. Das wählermobilisierende Potential der (→) Befreiungspartei und Salafisten, die sich zu Parteigründungen entschlossen (→ Reformfront, im Mai 2012 zugelassen als Partei; → Partei Al-Rahma, im Juli 2012 zugelassen), wird sich erst bei den für 2013 geplanten Wahlen zeigen. Das Potential dieser salafistischen Parteien ist schwierig einzuschätzen; sehr groß dürfte es allerdings nicht sein. Allerdings ist Ennahda zur Sicherung ihrer Vormachtstellung auf salafistische Unterstützung bzw. konfliktfreie Beziehungen zu den salafistischen Parteien und Vereinigungen angewiesen, wenn zutrifft, dass mindestens die Hälfte ihrer Mitglieder und Sympathisanten den Da`wa-Salafisten nahe steht (vgl. die Analysen u.a. von → Alaya Allani). Die Zulassung mehrerer salafistischer Parteien erhöht zudem die politischen Einflussmöglichkeiten und Bündnisoptionen Ennahdas.

II. Islamistisch orientierte Organisationen und Parteien

Anhänger der Scharia

Jama`at ansar al-shari`a/Gemeinschaft der Anhänger der Scharia

Gründung der Vereinigung, Status: Sie wurde im Februar 2011 gegründet; sie ist nicht legalisiert, wird jedoch toleriert. Ihr Aktionsradius konzentriert sich bislang auf den Großraum Tunis sowie die Region Bizerte, eine Ausweitung der Aktivitäten in Richtung Kairouan ist geplant.

Führungspersönlichkeiten: Führer ist der 1965 geborene Seifallah Ben Hassine (Abou Iyadh); er war Mitglied des bewaffneten, versteckt operierenden Arms von Ennahda und schloss sich in den 1990er Jahren salafistischen Gruppen an; er hatte Kontakte zu den algerischen und libyschen bewaffneten islamistischen Gruppen. Anfang der 2000er Jahre begründete er mit Gleichgesinnten die Kämpfende tunesische Gruppe; er war danach in Tunesien sowie im Nahen Osten und in Afghanistan aktiv. Er hielt sich in der Türkei auf und wurde 2003 von den türkischen Behörden nach Tunesien ausgeliefert, wo er zu 68 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Am 18.2.2011 wurde er im Rahmen der Generalamnestie freigelassen. Als Prediger einer Moschee im sozialen Brennpunkt Cité Ettadhamen der Hauptstadt Tunis trat Ben Hassine ab 2011 mit Videopredigten an die Öffentlichkeit. Namentlich bekannte Führungsmitglieder der Vereinigung Anhänger

der Scharia sind ferner: Abou Ayoub Al-Tounsi, Imam der Moschee in Oued Ellil am westlichen Stadtrand von Tunis. Khatib al-Idrissi, genannt der blinde Scheich; er ist 1954 in Sidi Bouzid geboren, lebte viele Jahre als Krankenpfleger in Mekka und predigt seit seiner Freilassung aus dem Gefängnis am 18.2.2011 regelmäßig vor Hunderten von Jugendlichen. Er gilt als der charismatische, spirituelle Führer der Gemeinschaft und lebt derzeit in Sidi Ali Ben Aoun im Governorat Sidi Bouzid. Weitere bekannte Führungsmitglieder sind Tarik Maaroufi und Abou Mondher Chenguiti.

Programmpunkte: Die Vereinigung gilt als wichtigste salafistisch-jihadistische Dachorganisation. Sie will eine umfassende Moralisierung der tunesischen Gesellschaft, im Zweifelsfall auch mit Gewalt, umsetzen. Die Scharia soll einzige Gesetzesgrundlage sein. Die demokratisch gewählten Institutionen werden nicht anerkannt; daher wird auch die Tätigkeit als legale politische Partei abgelehnt. Ziel ist die Errichtung des Kalifats.

Aktivitäten seit 2011: Die Vereinigung wird seit Herbst 2011 mit einer Reihe von Aktionen in Verbindung gebracht, die in der tunesischen Öffentlichkeit erhebliches Echo fanden: u.a. die Stürmung des Kinos Afric'art am 28.6.2011 sowie die Bedrohung der Mitarbeiter des privaten Fernsehsenders Nessma TV nach der Ausstrahlung des Films „Persepolis“ am 7.10.2011, schließlich die Besetzung des Dekanats der Universität Manouba im Februar 2012. Die Vereinigung nahm an großen Demonstrationen zur Integration der Scharia in die künftige Verfassung teil: u.a. am 25.3.2012 (Tunis, Avenue Habib Bourguiba).

Am 20.5.2012 hielt die Organisation ihren zweiten Kongress in Kairo ab, wo sich mehrere Tausend Anhänger (es wird von 7.000 bis 10.000 berichtet) versammelten, obwohl vom Innenministerium keine Genehmigung für die Versammlung vorlag. Die Regierung duldet die Versammlung, an der auch Mitglieder und Sympathisanten der (→) Befreiungspartei teilnahmen. Die Vereinigung trat ebenfalls im Zusammenhang mit den Übergriffen auf Künstler und Gäste der Kunstausstellung „Le printemps des arts“ in La Marsa bei Tunis am 11.–12.6.2012 in Erscheinung. Die Predigt des Führers der Vereinigung, Seifallah Ben Hassine, zum Ende des Fastenmonats Ramadan am 19.8.2012 und die darin enthaltene Hetze gegen Schiiten fand in den tunesischen Medien breite Erwähnung.

Zentristische Vereinigung für Sensibilisierung und Reform

Al-Jam'iyah al-wasatiyah lil-ta'wiyah wal-islam

Gründung der Vereinigung, Status: Die Gründung erfolgte 2011 zunächst unter dem radikaleren Namen „Vereinigung Verpflichtung zur Tugend und Verhinderung des Lasters“ (Jam'iyah al-amr bil-ma'ruf wa nahy 'ala al-monker), unter dem sie trotz formaler Namensänderung immer wieder in den Medien zitiert wird. Sie wurde am 17.2.2012 als Zentristische Vereinigung für Sensibilisierung und Reform legalisiert.

Präsident: Adel El-Almi.

Programm: Ziel der Vereinigung ist die umfassende Moralisierung der Gesellschaft, die Sensibilisierung der Bevölkerung für die Einführung der Scharia und nach Auskunft von Adel El-Almi die „Behebung von Problemen zwischen den Bürgern“.

Aktivitäten seit 2011: Die Vereinigung verfolgt ihre Ziele wie eine Art islamische Miliz, u.a. durch die extralegale Besetzung des Radiosenders Radio Zitouna am 15.11.2011; sie nahm an Großdemonstrationen teil, die zur Integration der Scharia in die künftige Verfassung aufriefen wie etwa auf der Großveranstaltung in der Coupole in Tunis El-Menzah am 20.3.2012 zusammen mit über 100 weiteren, in der (→) Tunesischen Front der islamischen Vereinigungen organisierten Gruppierungen.

Weitere sehr aktive salafistische Vereinigungen sind:

Die **Tunesische Front der islamischen Vereinigungen** (al-Jabha al-tunisiyah lil-jama'at al-islamiyah/Front Tunisie pour les Associations Islamiques); Präsident: Scheich Mokhtar Jebali, Sprecher: Salman Briki. Die Front trat als Aktionsbündnis von mehr als 100 salafistischen Vereinigungen im Rahmen einer Großdemonstration am 16.3.2012 vor der Verfassungsgebenden Versammlung in Erscheinung. Bei dieser Demonstration wurde die Aufnahme der Scharia in die künftige Verfassung gefordert

Die Vereinigung für Altruismus und die Verbreitung des Islam

(Jama'at al-ithar wal-da'wah al-islamiyah/Association de l'Altruisme et de l'Appel Islamique); Präsident: Mehrezia Dandana. Sie trat mit der

Einladung des ägyptischen Predigers Wajdi Ghoneim zu einer Vortragsreise nach Tunesien (11.2.–14.2.2012) öffentlich in Erscheinung. Ghoneim sprach sich in mehreren gutbesuchten Großveranstaltungen für die Beschneidung von Frauen aus. Die Vereinigung nahm ebenfalls an der Großdemonstration vom 16.3.2012 vor der Verfassungsgebenden Versammlung teil, bei der die Aufnahme der Scharia in die künftige Verfassung gefordert wurde.

Die Vereinigung **Haus des Friedens für wohltätige Zwecke und Scharia-Studien** (Dar al-Salam pour les Oeuvres Caritatives et les Sciences de la Charia); Vorsitzender ist Selim Ben Yakhlef. Diese Vereinigung lud im Mai 2012 zwei marokkanische salafistische Prediger für eine Vortragsreise nach Tunesien ein: Omar al-Haddouchi und Hassan Kettani, die u.a. wegen ideologischer Rechtfertigung der terroristischen Anschläge von Casablanca im Jahr 2003 verurteilt und erst im Februar 2012 von König Mohamed VI. amnestiert worden waren. Die Einreise der Prediger wurde am 15.5.2012 durch das tunesische Innenministerium untersagt. Die vehemente Kritik an der untersagten Einreise der Prediger auch von Seiten der Vereinigung Anhänger der Scharia (Ansar al-shari`a) legt eine Nähe der Vereinigung Haus des Friedens zu den jihadistischen Salafisten nahe.

Der tunesische Zweig der seit 1920 international agierenden **Vereinigung für Mission und Weitergabe des Wissens** (Jama`at al-da`wa wal-tabligh) ist bereits seit den 1980er Jahren in Tunesien aktiv. Die Vereinigung repräsentiert den Da`wa-Salafismus und wurde wegen ihres apolitischen und Gewalt ablehnenden Auftretens auch unter dem Ben-Ali-Regime „geduldet“. Ihre Aktivitäten nehmen seit 2011/2012 zu. Ein prominentes Mitglied der Vereinigung, der Prediger Lotfi Kallel, fiel am 11.3.2012 einem bislang ungeklärten Mordanschlag zum Opfer. Weiteres namentlich bekanntes Mitglied: Hichem Ben Nejma.

Ennahda

Mouvement Ennahda/Harakat al-nahda

Gründung, Status, Repräsentanz im Parlament: Gründung 1981 unter dem Namen Bewegung der islamischen Tendenz; legalisiert als Partei: 1.3.2011. Büros befinden sich in allen Gouvernoraten; 264 lokale Sektionen sind nach Parteiangaben vorhanden. Der 9. Parteikon-gress fand vom 12.–16.7.2012 statt.

Das erste und einzige Mal (vor dem politischen Umbruch 2011) konnten Ennahda-Mitglieder auf unabhängigen Listen an den Parla-mentswahlen vom 2.4.1989 teilnehmen. Seit 2011: Teilnahme an den Wahlen zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung vom 23.10.2011: mit 36 % der abgegebenen Stimmen gewann Ennahda 89 von 217 Mandaten (43 % der Mandate).

Mitgliederzahl: Ca. 50.000; nach den Wahlen vom 23.10.2011 und dem Wahlsieg sollen sich mehrere Tausend Neumitglieder einge-schrieben haben.

Führungsorgane, Führungspersönlichkeiten (auf bzw. infolge des 9. Parteitags vom Juli 2012 gewählt oder ernannt):

Parteipräsident: Auf dem 9. Parteitag wurde Rachid Ghannouchi (geboren 1941) in direkter Wahl durch die Parteitagsdelegierten mit 73 % der Stimmen bei zwölf präsentierten Alternativkandidaten für zwei weitere Jahre im Amt des Parteipräsidenten bestätigt.

Konsultativrat/Schura-Rat: Zentrale Instanz der Partei ist der 150-köpfige Konsultativrat (Majlis al-Shura); 18 Prozent der Mitglie-der sind Frauen; die Regionen Tunesiens sind mit je zwei Repräsen-tanten im Rat vertreten. 100 Mitglieder wurden direkt von den 1.135 Delegierten des Parteitages gewählt, 50 vom Rat bestimmt.

Als Mitglieder des Schura-Rats wurden als gemäßigt geltende Persön-lichkeiten (wie z. B. Ali Laarayedh, Hamadi Jebali, Nouredine Bhiri) gewählt und solche, die den Salafisten nahestehen (wie z. B. Sadok Chourou, Mitglied der Verfassungsgebenden Versammlung oder der Minister für höhere Bildung, Moncef Ben Salem). Von den gewählten Mitgliedern des Schura-Rats erhielt Sadok Chourou die meisten Stim-

men (731), gefolgt von Ajmi Lourimi (721), Abdelkarim Harouni (718), Habib Kheder (685), Habib Ellouze (674), Minister für Gesundheit Abdellatif Mekki (670), Innenminister Ali Laarayedh (662), Abdelmajid Najjar (654), Premierminister Hamadi Jebali (651), Justizminister Nouredine Bhiri (644). Vertreten sind ferner Moncef Ben Salem, Minister für höhere Bildung; Samir Dilou, Minister für Menschenrechte und Übergangsjustiz; Rafik Abdesselam, Minister für Äußeres; Sahbi Atig, Präsident der Ennahda-Fraktion in der Verfassungskonstituierenden Versammlung; (→)Abdelfattah Mourou.

Als Präsident des Schura-Rats wurde Fathi Ayadi gewählt.

Generalsekretär der Partei: Der Schura-Rat wählte am 12.8.2012 erneut Hamadi Jebali (geboren 1949, seit Dezember 2011 Premierminister) zum Generalsekretär der Partei.

Vizepräsidenten der Partei: Zu Parteivizepräsidenten mit verschiedenen Aufgabenbereichen wurden ebenfalls am 12.8.2012 Abdelhamid Jelassi und Abdelfattah Mourou gewählt.

Exekutivbüro: Am 26.8.2012 stimmte der Majlis Shura über das neue, 14 Mitglieder umfassende Exekutivbüro ab (darunter eine Frau):

- Rachid Ghannouchi, Präsident.
- Hamadi Jebali, Generalsekretär.
- Ali Laarayedh, Stellvertreter des Generalsekretärs und zuständig für die Ennahda-Regierungsmannschaft.
- Abdelfattah Mourou, stellvertretender Parteivorsitzender (Vizepräsident) und persönlicher Repräsentant des Ennahda-Präsidenten für Fragen von allgemeinem Interesse (öffentliche Angelegenheiten).
- Abdelhamid Jelassi, stellvertretender Parteivorsitzender (Vizepräsident) und Koordinator der Partei.
- Ameer Laarayedh, Leiter der politischen Abteilung.
- Nouredine Arbaoui, stellvertretender Leiter der politischen Abteilung.
- Mohamed Akrouf, Leiter der Abteilung für Massenmobilisierung.
- Wassila Zourghlami, stellvertretende Leiterin der Abteilung für Massenmobilisierung (zuständig für Frauen- und Familienangelegenheiten).
- Mohamed Aoun, Leiter der Abteilung für interne Fragen.
- Mohamed Mahjoub, Leiter der Abteilung Studien und Planung.

- Ajmi Lourimi, Leiter der Abteilung Jugend, Kultur und Erziehung.
- Sassi Elmay, Präsident des Rates der Regionen.
- Sahbi Attig, Präsident der Ennahda-Parlamentariergruppe.
- Das Finanzressort wurde am 26.8.2012 noch nicht vergeben.

Programmpunkte:

- Innenpolitik: Ennahda tritt ein für politische Reformen auf der Grundlage der „islamischen Werte“ und eine Stärkung der islamischen Institutionen, insbesondere auch der Zitouna-Hochschule.
- Wirtschaftspolitik: Ennahda plädiert für einen Wirtschaftsliberalismus mit „menschlichem Antlitz“.
- Außenpolitik: Angestrebt wird die friedliche Koexistenz mit allen Völkern, insbesondere jedoch die Stärkung der Kooperation mit den arabisch-islamischen Bruderstaaten bei Aufrechterhaltung der engen Anbindung an Europa.
- Gesellschaftspolitik: Ziel ist die Errichtung einer demokratischen, pluralistischen, auf den „Werten des Islam“ beruhenden Gesellschaft.

Ennahda-Vertreter bekennen sich öffentlich zu Demokratie, Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit, Frauenrechten und zum Schutz der Minderheiten. In Fragen der Religion (etwa: Verschleierung von Frauen) lehnt die Partei Zwang ab. Im Gegensatz zu den späten 1980er und frühen 1990er Jahren lehnt die Partei heute öffentlich Gewalt ab. Zugleich besteht in zentralen innenpolitischen Fragen, etwa der Einführung der Scharia in der neuen Verfassung, ein Gegensatz zwischen Parteiführung und der stärker salafistisch-orientierten Parteibasis, nachdem Parteipräsident Ghannouchi sich im März 2012 öffentlich dagegen aussprach. Ennahda brachte allerdings im Sommer 2012 einen Gesetzentwurf ein, der „das Heilige“ schützen soll und –sehr weit auslegbar – jeglichen Angriff auf „das Heilige“ unter Strafe stellen will. In Bezug auf die Gleichberechtigung von Frauen vertritt die Partei keine klare Position; in ihrem im August 2012 eingebrachten Entwurf für die Reform von Verfassungsartikel 28 postuliert Ennahda statt der Gleichberechtigung von Mann und Frau die „Komplementarität“ der Frau zum Mann.

Ennahda betonte seit Herbst 2011 zwar wiederholt die Autorität des Staates und der jeweils zuständigen Ministerien. De facto unterblieb eine klare politische Stellungnahme gegenüber den zu Gewalt aufrufenden und Gewalt anwendenden salafistischen Gruppen und Personen.

Aktivitäten seit 2011: Ennahda nahm an Demonstrationen teil, die zum Sturz der Übergangsregierung unter Premierminister Mohamed Ghannouchi am 27.2.2011 führten; die Parteiführung sprach sich deutlich für die Abhaltung von Wahlen zu einer Verfassungsgebenden Nationalversammlung als ersten Schritt zur Umgestaltung des politischen Systems aus; an den Wahlen zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung am 23.10.2011 nahm Ennahda teil. Mit gut 1,5 Millionen Stimmen (36 % der abgegebenen gültigen Stimmen) und 89 von 217 Sitzen wird sie stärkste Kraft in der Nationalversammlung. Ennahda-Generalsekretär Hamadi Jebali wird am 24.12.2011 Premierminister Tunesiens.

Kooperationspartner: Ennahda bildete nach den Wahlen vom 23.10.2011 eine Koalitionsregierung mit der Partei Kongress für die Republik (Congrès pour la République), sowie der Partei Ettakatol (Demokratisches Forum für Arbeit und Freiheiten).

Politische Gegner: Die politischen Unterschiede zu den legalisierten Parteien sind am deutlichsten mit der Republikanischen Partei (Zusammenschluss der Progressistischen Demokratischen Partei/PDP mit Afek Tunis und kleineren Parteien vom 9.4.2012), mit der Partei Demokratischer und Sozialer Weg/Al-Massar (Zusammenschluss von Ettajdid, der gewerkschaftsnahen Tunesischen Arbeitspartei u.a. vom 1.4.2012) und der Partei Ruf Tunesiens (Nida Tunis), die von säkularen, bürgerlichen und zum Teil der ehemaligen Regierungspartei RCD nahestehenden oder angehörenden Persönlichkeiten im Juni/Juli 2012 unter Führung des ehemaligen Premierministers Béji Caïd Essebsi gegründet wurde. Die Partei Ruf Tunesiens zeichnet sich als ernstzunehmender Gegner Ennahdas bei den nächsten Wahlen ab, da sie das Potential besitzt, zum Zentrum einer Anti-Ennahda-Koalition zu werden, die auch die Republikanische Partei und Al-Massar umfassen kann.

Wegen der politischen Stellungnahme von Ennahda-Präsident Ghannouchi vom 25.3.2012 gegen die Integration der Scharia in Artikel 1 der zukünftigen Verfassung, nahm außerdem seit Frühjahr 2012 der Antagonismus zwischen Ennahda und den radikalen jihadistischen Salafisten (insbesondere zur Vereinigung → Anhänger der Scharia) zu. Dieser Antagonismus mündete allerdings nicht in ein consequentes Durchgreifen der Ennahda-geführten Regierung gegen die gewaltbereiten Salafisten.

Webauftritt: <http://www.ennahdha.tn>

Publikationen: Wochenzeitung al-Fajr (Die Morgenröte); sie erscheint ohne Anzeigenteil.

Volkspetition

Volkspetition für Freiheit, Gerechtigkeit und Entwicklung/al-Aridha al-sha'biya lil-hurriya, al-adala wal-tanmiya/Pétition Populaire pour la Liberté, la Justice et le Développement

Gründung, Status, Repräsentanz im Parlament: Gegründet wurde die Partei am 3.3.2011; kurz darauf wurde sie zugelassen. Sie ist in jedem Gouvernorat (Wilaya) vertreten. Die Volkspetition firmiert nicht als Partei im strengen Sinne; sie trat jedoch bei den Wahlen am 23.10.2011 in Form von unabhängigen Listen unter dem Namen der Volkspetition in der Mehrzahl der tunesischen Gouvernorate an und gewann 26 Mandate; sie ist damit drittstärkste Kraft in der Verfassunggebenden Versammlung.

Mitgliederzahl: Nicht bekannt.

Führungspersönlichkeiten: Präsident Hachemi Hamdi (Initiator); ferner Aymen Zouaghi, Abgeordneter der Volkspetition in der Verfassunggebenden Versammlung. Brahim Gassas, öffentlichkeitswirksam auftretender Abgeordneter der Volkspetition, kündigte am 8.8.2012 seinen Übertritt zur neu gegründeten Partei Ruf Tunesiens (Nida Tunis) an.

Programmpunkte: Die Scharia soll Quelle der Gesetzgebung sein und der Islam in der tunesischen Gesellschaft gestärkt werden. Die Volkspetition tritt für eine umfassende Sozialgesetzgebung inklusive kostenloser Gesundheitsversorgung, die Einführung einer Arbeitslosenversicherung und kostenlosen Nahverkehrs für Rentner ein. Außenpolitisch wird die Solidarität mit arabisch-islamischen Bruderstaaten betont.

Vertreter der Volkspetition bekennen sich öffentlich zu Demokratie, Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit, Frauenrechten und zum Schutz der

Minderheiten. Die Volkspetition betont stärker als Ennahda die soziale Dimension der Politik.

Aktivitäten seit 2011: Als Oppositionspartei im Parlament kritisiert die Volkspetition die Hegemonie der Ennahda in der Verfassunggebenden Versammlung und äußert sich zu politischen Maßnahmen und Verhaltensweisen der Regierung.

Politische Gegner: Ennahda wird als Konkurrenz im islamistischen Lager gesehen. Die Volkspetition ist darüber hinaus erklärter Gegner des politischen und gesellschaftlichen „Establishments“. Die Partei versteht sich als Anwalt der kleinen Leute und der (weniger entwickelten) Regionen des Landesinnern.

Befreiungspartei

Hizb al-tahrir

Gründung der Partei, Status: In den 1980er Jahren in Tunesien als Ableger der in den 1950er Jahren in Jordanien gegründeten Mutterpartei gegründet; der Legalisierungsantrag vom 10.3.2011 wurde wegen Nichtanerkennung der demokratischen Ordnung abgelehnt; am 14.5.2012 stellte die Partei nach Angaben ihres Sprechers auf einer Pressekonferenz erneut einen Antrag auf Legalisierung; die Zulassung erfolgte schließlich am 17.7.2012. Aber, so Parteisprecher Belhadj, auch ohne Zulassung wäre die Partei aktiv geblieben, denn sie besitze die Autorisierung Gottes.

Mitgliederzahl: Nicht bekannt.

Führungspersönlichkeiten: Präsident ist Abdelmajid Habibi; in der Öffentlichkeit präsenter ist Ridha Belhadj (Sprecher der Partei); weitere Mitglieder des Exekutivbüros: Kamel Gasmi, Abderraouf Amani, Nabil Manai, Foued Azouz.

Programmpunkte: Die Befreiungspartei kritisiert die Republik und die Demokratie als Staatsform; sie fordert die friedliche Einführung des Kalifats, die Scharia als Quelle der Gesetzgebung, eine umfassende Stärkung des Islam und die Moralisierung der tunesischen Gesellschaft.

Die Partei will umfassende staatliche Leistungen, um es Frauen zu ermöglichen, nicht außer Haus zu arbeiten; sie plädiert für einen radikalen Umbau der tunesischen Wirtschaft im Sinne einer Abwendung vom Tourismus und ausländischen Direktinvestitionen und ist gegen das „Diktat der internationalen Finanzinstitutionen“. Außenpolitisch wird die Solidarität mit arabisch-islamischen Bruderstaaten betont.

Aktivitäten seit 2011: Die Partei beteiligte sich an Demonstrationen, u.a. gegen den Fernsehsender Nessma TV nach der Ausstrahlung des Fernsehfilms „Persepolis“ am 7.10.2011; sie verteilt regelmäßig Flugblätter und organisierte z. B. am 10.3.2012 eine Frauenkonferenz, auf der die Einführung des Kalifats propagiert bzw. gefordert wurde. Am 24.6.2012 organisierte die Partei einen Kongress in La Marsa bei Tunis, der von mindestens 500 Parteimitgliedern besucht wurde. Gäste aus dem islamistischen Spektrum waren u.a. (→) Abdelfattah Mourou, Mokhtar Jebali (Präsident der salafistischen →Tunesischen Front islamischer Vereinigungen), Mohamed Khouaji (Präsident der salafistischen Partei →Reformfront).

Webauftritt: <http://www.hizb-ut-tahrir.org>.

Reformfront

Jabhat al-islam/Front de la Réforme

Gründung der Partei, Status: Es ist wenig über die Partei bekannt; legalisiert wurde sie – als erste islamistisch-salafistische Partei in Tunesien – am 29.3.2012.

Führungspersönlichkeiten: Präsident Mohamed Khouja; vgl. sein Interview in der tunesischen Tageszeitung Le Temps vom 23.5.2012. Programmatik: Ziele sind die Stärkung des Islam (islamistisch-salafistische Auslegung) und die Einführung der Scharia als zentrale Referenz bei der zukünftigen tunesischen Verfassung. Gleichzeitig bekennt sich die Reformfront (gemäß den Vorschriften des Parteiengesetzes für legale Parteien) zu der Wahrung der republikanischen Werte, der Demokratie (insbesondere Prinzip des Machtwechsels durch Wahlen, der Gewaltenteilung, Volkssouveränität), den Errungenschaften der

Revolution, dem Schutz der Heimat gegen jede Bedrohung, zur Verfolgung einer „gemäßigten Politik“ und zu der Stärkung der Dezentralisierung sowie zur Achtung der Menschenrechte.

Partei Al-Rahma

Hizb al-Rahma/Partei Barmherzigkeit

Gründung der Partei, Status: Über die Partei ist wenig bekannt. Sie wurde als zweite islamistisch-salafistische Partei am 31.7.2012 legalisiert (Pressekonferenz von Parteipräsident Jaziri am 31.7.2012).
Führungspersönlichkeiten: Präsident ist Said Jaziri, geboren 1967 in La Marsa bei Tunis; er ist seit Ende der 1980er Jahre als Imam aktiv und stand damals Ennahda nahe. 1991 wurde er in Abwesenheit wegen Mitgliedschaft in einer illegalen Vereinigung (Ennahda) zu einer Haftstrafe verurteilt. Er hielt sich in Frankreich auf, wurde dort inhaftiert und ließ sich 1997 in Kanada nieder. Als Imam einer Moschee in Montreal fiel er mit radikalen Predigten auf. Kanada lieferte ihn 2007 an Tunesien aus.

Programmatik: Über die Ziele der Partei wurden keine ausführlichen Angaben gemacht. Wichtigstes Ziel ist die Einführung der Scharia in die neue tunesische Verfassung. Ferner spricht sich Jaziri wenig konkret für „Reformen in allen Bereichen“ und einen „Wandel der politischen Mentalität“ im Sinne einer strikten Respektierung der islamischen Vorschriften aus.

Sonstige kleinere Parteien, die besonders die islamisch-arabische Identität betonen:

Partei El-Amen (Partei Der Glaube): Sie wurde am 20.3.2011 gegründet und ging aus der Fusion von drei kleinen Parteien hervor: der Parti al-Amana (legalisiert 30.5.2011), der zentristischen Nationalen Allianz für Frieden und Wohlstand (Alliance Nationale pour la Paix et la Prospérité/ANPP, legalisiert 22.4.2011) sowie der Partei Tounes Al Karama (Würdiges Tunesien, legalisiert am 28.4.2011). In ihrer Gründungsphase (April 2011) stand die ANPP in Kontakt mit (→) Abdelfattah Mourou, ohne dass sich eine Zusammenarbeit entwickelt hätte. Führende Persönlichkeiten sind Fethi Laayouni, Skan-

der Rekik (ANPP), Lazhar Ben Habib Bali. Bei den Wahlen vom Oktober 2011 errang sie keine Sitze.

Aus den Programmatiken der bisherigen drei Parteien ergeben sich die folgenden Schwerpunkte: Schutz und Betonung der arabisch-islamischen Identität Tunesiens, bei gleichzeitiger Trennung von Staat und Religion (programmatischer Beitrag ANPP); Achtung der Menschenrechte; Rechtsstaatlichkeit; Dezentralisierung; Marktwirtschaft mit sozialem Antlitz, aktive Rolle des Staates als Schiedsrichter. Die programmatische Abgrenzung von Ennahda ist gering.

Webauftritte: <http://www.tounesekarama.com>; <http://www.anpp.info>.

Partei der fortschrittlichen Konservativen (Parti des Conservateurs Progressistes): Sie wurde am 15.7.2011 legalisiert, nahm jedoch an den Wahlen vom Oktober 2011 nicht teil. Seit 5.2.2012 ist Hachemi Hamdi Parteipräsident. Das Programm ist identisch mit dem Programm der von Hamdi gegründeten (→) Volkspetition. Die Partei der fortschrittlichen Konservativen wurde durch Hamdi parallel zu dessen Engagement im Rahmen der unabhängigen Listen der Volkspetition gegründet.

III. Persönlichkeiten, die Einfluss auf den religiösen Diskurs nehmen

Abdelfattah Mourou

Kurzbiographie: Mourou ist 1948 in Tunis geboren; er studierte Rechtswissenschaften und islamische Theologie und ist von Beruf Rechtsanwalt. Seit den 1970er Jahren engagierte er sich in der islamistischen Bewegung, aus der Ennahda hervorging. Er distanzierte sich jedoch nach Gewaltakten und der massiven staatlichen Repression gegen Ennahda-Mitglieder Anfang der 1990er Jahre von der Partei und stellte jede politische Betätigung ein. Seit dem 9. Parteitag von Ennahda (12.–15.7.2012) ist Mourou wieder in der Partei aktiv (s.u.).

Positionen: Mourou zeigt sich überzeugt von der Vereinbarkeit zwischen Islam und Demokratie, Pluralismus und Menschenrechten. Gewalt lehnt er ab.

Aktivitäten seit 2011: Nach dem Machtwechsel 2011 und Differenzen mit Ennahda stand Mourou zunächst im Kontakt mit der Partei Nationale Allianz für Frieden und Wohlstand; er spielte mit dem Gedanken, eine eigene Partei zu gründen, gab das Anliegen jedoch auf. Bei den Wahlen zur Verfassunggebenden Nationalversammlung vom 23.10.2011 lancierte Mourou zusammen mit Slaheddine Jurchi in einer Reihe von Wahlkreisen unabhängige Listen unter dem Namen „Unabhängige demokratische Allianz Weg des Heils“ (Alliance Démocratique Indépendante Tariq Al-Salama), die jedoch ohne Mandate blieben. Eine Parteigründung ging aus den unabhängigen Listen nicht hervor. Die Wiedereingliederung in Ennahda erfolgte auf dem 9. Parteitag Ennahdas im Juli 2012. Mourou ist seither Mitglied des Konsultativrats der Partei und wurde vom Konsultativrat am 12.8.2012 ins Exekutivbüro gewählt, wo er den Posten des Vizepräsidenten für öffentliche Angelegenheiten wahrnimmt. Ennahda-Präsident Ghannouchi verweist auf die Präsenz Mourous in den höchsten Parteigremien, der durchaus andere Positionen als er selbst vertrete, um die innerparteiliche Toleranz und Pluralität herauszustellen.

Mourou äußert sich regelmäßig zu tagespolitischen Fragen; er wendet sich entschieden gegen politische Gewalt, plädiert jedoch für die Einbindung der Salafisten über Dialog. Er kritisiert Phänomene einer anarchischen, salafistisch beeinflussten Religiosität und bezog z. B. im Februar 2012 öffentlich Stellung gegen den ägyptischen Prediger Wajdi Ghoneim, der bei seinem Besuch in Tunesien offen für die Beschneidung von Frauen eintrat.

Politische Affinitäten: Nach den Wahlen 2011 blieb eine vielfach erwartete Annäherung zwischen Abdelfattah Mourou und Ennahda zunächst aus. Mourou lehnte das Angebot von Rachid Ghannouchi ab, in der neuen Regierung das Amt des Justizministers zu bekleiden. Im April 2011 wurde zunächst eine politische Annäherung zwischen Mourou und der Partei Al-Moubadara (Die Initiative) des ehemaligen Außenministers Kamel Morjane vermeldet. Schließlich kam es im Juli 2012 auf dem Ennahda-Parteitag zur Wiedereingliederung Mourous.

Beziehungen zu militanten Gruppen: Engere Beziehungen zu militanten Gruppen sind nicht bekannt. Da Mourou Gewalt ablehnt, sind die Beziehungen eher distanziert. Allerdings kann Mourou vor dem Hintergrund der aktuellen Polarisierung zwischen Islamisten auf der einen Seite und religiös Liberalen und Säkularen auf der anderen

Seite als vermittelnde Instanz zwischen den Lagern gelten. Zudem versucht er zwischen gemäßigt und radikal auftretenden Islamisten zu vermitteln. Mourou nahm am 24.6.2012 als Gast auf dem Kongress der (→) Befreiungspartei teil. Er ergriff jedoch auch am 5.8.2012 öffentlich Partei für den liberalen Islam-Experten (→) Youssef Seddik und provozierte damit direkt eine physische Aggression durch Salafisten.

Webauftritt/bevorzugtes Medienforum: Artikel, Interviews, Teilnahme an Talkshows, im Ramadan 2011 auch im Rahmen einer beliebten Erbauungs-Sendung im tunesischen Fernsehen.

Hamadi Redissi

Kurzbiographie: Redissi ist 1952 geboren; er war Schüler des algerischen Philosophen Mohamed Arkoun und promovierte 1992 mit einer Arbeit über die „Moderne im arabisch-muslimischen Denken („La modernité dans la pensée arabo-musulmane“); er hatte mehrere Gastprofessuren, u.a. in Bologna und den USA (Yale University), inne und ist ehemaliger Stipendiat u.a. der Fulbright Foundation sowie der deutschen Stiftung für kritische und kreative Kulturforschung (München). Redissi lebt in Tunis und ist Professor an der Fakultät für Recht und Politikwissenschaft.

Positionen: Die Vereinbarkeit des Islam mit der Moderne und der Demokratie setzt für Redissi eine umfangreiche innere Reform des Islam sowie eine Neudefinition seines Verhältnisses zu Rationalität und Wissenschaft voraus. Für eine „gesunde“ islamische Moderne sei außerdem ein neues, vorurteilsfreies und entideologisiertes Verhältnis zur eigenen Identität notwendig.

Aktivitäten seit 2011: Redissi ist Vorsitzender einer 2011 neu gegründeten Nichtregierungsorganisation zur Begleitung bzw. Verfolgung und Beobachtung des demokratischen Transformationsprozess: Observatoire Tunisien de la Transition Démocratique (<http://www.observatoire-tunisien.org>). Er engagiert sich publizistisch und in den Medien für ein säkulares demokratisches Tunesien. Islamisten stufen ihn als Gegner ein und scheuten nicht vor körperlichen Attacken zurück.

Webauftritt/bevorzugtes Medienforum: Artikel, Interviews, Bücher.

Publikationen: La tragédie de l'islam moderne, Paris 2011; Le pacte de Najd, Paris 2007; L'exception islamique, Paris 2004; Les politiques en islam: le prophète, le roi et le savant; Paris 1998.

Mohamed Talbi

Kurzbiographie: Talbi ist 1921 in Tunis geboren; er ist Historiker (Spezialist zum islamischen Mittelalter) und Religionswissenschaftler, erster Dekan der geisteswissenschaftlichen Fakultät von Tunis und mit der wichtigsten tunesischen und maghrebinischen Vordenker zur Frage der Vereinbarkeit von Islam und Demokratie.

Positionen: Die innenpolitische Ordnung eines muslimischen Staates muss für ihn Gegenstand des Ijtihad sein, d.h. der in jeder Generation anstehenden vernunftbasierten Weiterentwicklung der ethischen und religiösen Grundsätze des Islam mit dem Ziel der Lösung anstehender Probleme; Talbi insistiert hierzu auf einer freien, „dynamischen Lesart des Korans“ insbesondere unter Anerkennung des Prinzips, dass es „keinen Zwang im Islam“ geben dürfe.

Talbi tritt für eine strikte Einhaltung der fünf Pfeiler des Islam auf der individuellen Ebene ein (u.a. fünfmaliges tägliches Gebet), plädiert jedoch zugleich für eine umfassende Modernisierung des Islam als Grundvoraussetzung der Vereinbarkeit zwischen Islam und Demokratie.

Aktivitäten seit 2011: Teilnahme an verschiedenen Diskussionsforen über die Perspektiven einer Islamisierung des öffentlichen Lebens nach einem möglichen Wahlsieg von Ennahda.

Webauftritt/bevorzugtes Medienforum: Artikel, Interviews, Bücher. Publikationen: Ma religion c'est la liberté, Tunis 2011; L'Islam n'est pas voilé, il est culte, Tunis 2010; Penseur libre en islam. Un intellectuel musulman dans la Tunisie de Ben Ali (zusammen mit Gwendoline Jarczyk), Paris 2002; Plaidoyer pour un islam moderne; Tunis 1998.

Yadh Ben Achour

Kurzbiographie: Yadh Ben Achour wurde 1945 in La Marsa bei Tunis geboren; er ist Jurist und Fachmann für islamische, politische Ideengeschichte. Ben Achour war Professor für öffentliches Recht und Rechtsphilosophie an der Universität Tunis und Dekan der juristischen Fakultät. 2002 zog er sich aus Protest gegen eine geplante Verfassungsreform aus dem Verfassungsrat zurück. Diese Verfassungsreform ermöglichte Präsident Ben Ali, 2004 für ein weiteres Mandat zu kandidieren. Nach dem Machtwechsel vom Januar 2011 wurde Yadh Ben Achour Präsident der Hohen Instanz für die Verwirklichung der Revolutionsziele, der politischen Reform und des demokratischen Systemwechsels (Haute Instance pour la Réalisation des Objectifs de la Révolution, de la Réforme Politique et de la Transition Démocratique). Die Hohe Instanz, in der Verfassungsrechtler sowie Parteienvertreter vertreten waren, schuf als ein vom Konsens seiner Mitglieder getragenes Proto-Parlament die notwendigen rechtlichen Grundlagen für die Abhaltung der Wahlen zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung am 23.10.2011. Seit 1.5.2012 ist Yadh Ben Achour Mitglied der Vertreter Tunesiens im UNO-Menschenrechtsrat in Genf.

Positionen: Ben Achour plädiert für eine radikale Modernisierung des islamischen Denkens als Vorbedingung für die Vereinbarkeit zwischen Islam und Demokratie.

Publikationen: Zahlreiche Veröffentlichungen, u.a. *La deuxième Fatih*, Tunis 2011; *Aux fondements de l'orthodoxie sunnite*, Paris 2008.

Webauftritt/bevorzugtes Medienforum: Artikel, Interviews, Bücher.

Alaya Allani

Kurzbiographie: Alaya Allani ist Professor für Neuere Geschichte an der Geisteswissenschaftlichen Fakultät der Universität Tunis-Manouba und Experte für islamistische Bewegungen in den Maghrebstaaten.

Positionen: Allani plädiert für eine differenzierte Betrachtung der islamistischen Bewegung in ihrer Komplexität und ihrer Gewaltbereit-

schaft. Er sieht innerhalb von Ennahda den Gegensatz zwischen einer Führung, die bereit ist, das demokratische Spiel zu spielen, und der islamistisch-salafistisch orientierten Basis. Er betont in Bezug auf die Salafisten den Gegensatz zwischen sehr konservativen, jedoch nicht gewalttätigen Salafisten, im Unterschied zu gewaltbereiten jihadistischen Salafisten.

Publikationen: Die islamistischen Bewegungen in der arabischen Welt: Der tunesische Fall (in arabischer Sprache erschienen); Neuausgabe: Tunis 2012.

Webauftritt/bevorzugtes Medienforum: Regelmäßige Beiträge in Tageszeitungen, Interviews, Bücher.

Youssef Seddik

Kurzbiographie: Youssef Seddik, geboren 1943 in Tozeur, Philosoph, Historiker und Literaturwissenschaftler ist spezialisiert auf das antike Griechenland sowie islamische Geistesgeschichte. Seddik ist mit (→) Mohamed Talbi einer der wichtigsten tunesischen Vordenker zur Frage einer modernen Auslegung des Koran und der Vereinbarkeit von Moderne und Islam. Bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung im Oktober 2011 führte Seddik eine unabhängige Liste im Wahlkreis Ariana an, errang jedoch kein Mandat.

Positionen: Seddik postuliert eine individuelle, vernunftzentrierte Interpretation des Koran durch den einzelnen Gläubigen und ohne Rücksicht auf die Tradition der Koranexegese. In der aktuellen innenpolitischen Polarisierung zwischen Säkularen und Islamisten tritt Seddik als Mahner für eine tolerante Ausübung der Religion ein. Radikale Salafisten stufen Seddik daher als Gegner ein und attackierten ihn bereits physisch.

Webauftritt/bevorzugtes Medienforum: Regelmäßige Beiträge in Tageszeitungen, Interviews, Bücher, Auftritte in Diskussionsrunden.

Publikationen: Zahlreiche Veröffentlichungen; u.a. Le Coran: autre lecture, autre traduction, La Tour d'Aigues 2002; Nous n'avons jamais lu le Coran, La Tour d'Aigues 2004; Qui sont les barbares? Itinéraire d'un penseur d'islam, La Tour d'Aigues 2007; Le grand malentendu. L'occident face au Coran, La Tour d'Aigues 2010.

Scheich Bechir Belhassen

Kurzbiographie: Scheich Bechir Belhassen ist einer der Hauptvertreter des apolitischen Da'wa-Salafismus. Belhassen stammt aus Msaken bei Sousse, lebte lange Jahre im Ausland und kehrte nach dem politischen Umbruch 2011 nach Tunesien zurück. Die große Moschee in Msaken ist seine „Hochburg“.

Positionen: Belhassen lehnt Gewalt ab; er tritt für die Einführung der Scharia als zentrale Quelle des tunesischen Rechts und für eine klare Beschneidung der Rechte von Frauen ein. Er fordert die umfassende Moralisierung und Islamisierung der tunesischen Gesellschaft.

Politische Affinitäten: Scheich Belhassen hat Beziehungen zur Ennahda und ist ein wichtiger Vermittler für Ennahda in die Milieus der ultrakonservativen (aber Gewalt ablehnenden) Salafisten.

Webauftritt/bevorzugtes Medienforum: Seine Positionen verbreitet er über soziale Netzwerke; es kursieren auf Youtube zahlreiche Videoclips. Auf seiner Facebookseite sollen sich über 90.000 Personen (2012) als „Fans“ eingetragen haben. Der seit 13.8.2012 ausstrahlende neue tunesische islamistische Fernsehsender Al-Insan TV strahlte bereits seine Predigten aus.